

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 846 ppbn d

## Inhalt

41. Jahrgang / 49

12. März 1986

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB richtet eine Bitte an  
die amerikanischen Kon-  
greß-Abgeordneten: Keine  
Zustimmung für Reagens-  
Politik gegen Nicaragua ge-  
ben.

Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB  
plädiert für eine Neuorien-  
tierung der Umweltpolitik:  
Vorsorge statt Augenblicks-  
lösungen erforderlich.  
(Teil 1)

Seite 3

Professor Dr. Erich Küchen-  
hoff entgegnet den Medien-  
Märchen zum „Fall Kriele“:  
Maßlose Beschimpfungen  
begründeten das Verfahren.

Seite 5

### Eine Bitte an die Kongreß-Abgeordneten

Präsident Reagan keine Zustimmung für seine Politik gegen  
Nicaragua geben

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, hat beim  
Kongreß 100 Millionen Dollar beantragt, um sie dem bewaffneten  
Widerstand gegen die sandinistische Regierung zum weitaus grös-  
sten Teil in Form von Waffen zur Verfügung zu stellen.

Die Verhandlungen in den zuständigen Ausschüssen des Kongres-  
ses haben sich für den Präsidenten als sehr viel schwieriger erwie-  
sen, als die Administration zuvor angenommen hat.

In vier von fünf zuständigen Ausschüssen hat es für das Verlangen  
des Präsidenten keine Mehrheit gegeben. Die Mitglieder des Kon-  
gresses wissen sehr genau:

- Die Waffenlieferung an die Contras sind mit den Absichten  
der Contadorstaaten nicht in Einklang zu bringen.
- Auch die Unterstüztungsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru  
und Uruguay) lehnt die Unterstützung der Contras durch die  
USA ab.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsbetriebe  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



- Auch der neugewählte Präsident von Costa Rica, Arias, hat sich klar gegen diese Waffenlieferungen ausgesprochen. Zwischen Costa Rica und Nicaragua ist eine gewisse Entspannung eingetreten.
- Für die Regierung von Honduras wird es schwieriger, die Lieferungen der USA an die Contras über ihr Gebiet zuzuleiten. Der Widerstand der eigenen Bevölkerung wird größer.
- Die Lieferung von Waffen durch die USA an die Contras ist auch mit der Politik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Zentralamerika nicht in Einklang zu bringen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten muß wissen, daß die überwältigende Mehrheit der Lateinamerikaner, aber auch die Mehrheit der Europäer seine Politik nicht mittragen.

Die SPD hat ihre Verurteilung der amerikanischen Unterstützung der Contras immer wieder klar zum Ausdruck gebracht.

Wir bitten deshalb auch heute unsere Kolleginnen und Kollegen im Kongreß der Vereinigten Staaten dem Antrag ihres Präsidenten keine Zustimmung zu geben.

Jetzt wird von einem möglichen Kompromiß gesprochen. Es kann nur eine Lösung geben: Die USA verzichten auf die Unterstützung der Contras. Die Sandinisten bemühen sich ernsthaft um einen nationalen Dialog zur inneren Aussöhnung. Nur so kann auch im Interesse von Contadora der Frieden in Zentralamerika wieder hergestellt werden.

(-/12.3.1986/rs/ks)

\* \* \*



Zur Neuorientierung der Umweltpolitik (Teil I)

Vorsorge statt Augenblickslösungen erforderlich

Von Dr. Volker Hauff MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Neuorientierung der Umweltpolitik verfolgt ein doppeltes Ziel:

- Die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Industriegesellschaft sollen geschont und erhalten werden.
- Die Regenerationsfähigkeit der Natur soll wieder hergestellt und auf Dauer gesichert werden.

War die Umweltpolitik bisher hauptsächlich darauf gerichtet, die Umwelt von Schadstoffbelastungen wieder zu entsorgen, zu reparieren, allenfalls zu heilen, so braucht eine Neuorientierung in der Umweltpolitik weitergehende, längerfristige Ziele.

1.) Praktische Lösungen finden

Wir haben in den letzten Jahren in der Umweltpolitik große Erfolge erreicht: Beim Lärm, bei der Luftreinhaltung, bei der Abfallbeseitigung, beim Wasserrecht. Darauf können wir stolz sein. Trotzdem ist unbestreitbar: Die Probleme der Umweltverschmutzung sind schneller gewachsen als unsere Fähigkeit, praktische Lösungen zu finden. Deshalb brauchen wir eine Neuorientierung der Umweltpolitik mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für Produzenten und Konsumenten so zu ändern, daß Umweltschäden gar nicht erst auftreten. Umweltpolitik muß Anstöße geben, um

- umweltschädigende Produktionsprozesse und Verhaltensweisen durch umweltverträgliche zu ersetzen;
- den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Fläche sowie das Entsorgungsvolumen zu minimieren;
- umweltschädigende Giftstoffe durch umweltverträgliche Stoffe zu ersetzen und die Arbeitsprozesse human zu gestalten;
- Natur und Landschaft pfleglich zu behandeln.

2.) Notwendigkeit einer übergreifenden, stoffbezogenen Umweltpolitik

Ein wichtiger Schritt bei der Neuorientierung der Umweltpolitik ist es, wegzukommen von einer rein auf die Umweltmedien Luft, Wasser und Boden bezogenen Betrachtungsweise. Wir brauchen eine medienübergreifende stoffbezogene Umweltpolitik. Wir müssen uns klarmachen, daß die vielen tausend Tonnen Schadstoffemissionen aus Industrieanlagen, Hausbrand und Pkw-Verkehr nicht nur die Luft belasten. Irgendwann - und wenn es in Schweden ist - gelangen die Schadstoffe auf den Boden und belasten den Boden. Irgendwann genügt die Filterkapazität des Bodens nicht mehr, um die Schadstoffe zurückzuhalten; sie gelangen ins Grundwasser. Über Luft, Nahrung und Wasser gelangen die Schadstoffe dann wieder zurück zum Menschen. Die Umweltgesetzgebung kann sich nicht mehr länger damit begnügen, Gesetze zur Reinhaltung der Luft, zur Reinhaltung des Wassers und zum Schutz des Bodens zu verabschieden. Die einzelnen Gebiete müssen verzahnt werden. Beispiel: Die Papierfabriken führten früher ihren Produktionsprozeß so, daß ein Großteil der Schadstoffe in das Abwasser gelangte. Nach Einführung des Abwasserabgabengesetzes wurde dieses Verfahren zu teuer. Durch minimale Produktionsumstellungen wurde erreicht, daß heute ein Großteil der Schadstoffe nicht mehr ins Abwasser, sondern in den Klärschlamm geht. Doch wohin mit dem Klärschlamm? Nun ist der Boden belastet. Es wären auch Produktionsumstellungen möglich gewesen - wenn auch mit etwas größerem finanziellen Aufwand - die mehr Kreislaufprozesse eingeführt hätten. Dann wäre weder Wasser noch Boden im jetzigen Maße belastet worden. Wir müssen dazulernen.



### 3.) Chemiepolitik als Beispiel einer übergreifenden, stoffbezogenen Umweltpolitik

An dieser Stelle ist beispielhaft der Bereich der Chemiepolitik anzuführen. Hier beschreiben wir neue, weitergehende Wege: Nach über einjähriger Vorbereitung und in enger Zusammenarbeit mit der IG Chemie verabschiedete die SPD-Bundestagsfraktion im Februar einstimmig ein Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik. Dieses Konzept ist ein Ansatz für eine stoffbezogene, medienübergreifende Umweltpolitik. Hauptziel dieses Konzeptes ist es, vom Schadstoff des Monats, zum Beispiel polychlorierte Biphenyle (PCB's) im Altöl, Dioxine auf Mülldeponien, Formaldehyd in Spanplatten und Kosmetika, bromierte Kohlenwasserstoffe in schwer entflammbaren Kunststoffen wegzukommen. Wir brauchen Vorsorge statt Augenblickslösungen. Im Bereich der chemischen Produktion bedeutet das vor allem eine systematische Aufarbeitung der über 90.000 Altstoffe, das sind all die Chemikalien, die vor dem Oktober 1980 (Einführung des Chemikaliengesetzes) auf dem Markt waren. Mit vielen dieser Stoffe kommen wir heute fast täglich in Berührung. Dennoch ist von etwa 95 Prozent dieser Altstoffe so gut wie nichts über die Langzeitwirkungen bekannt

- als Krebsauslöser,
- als Ursache für chronische Krankheiten und Allergien,
- als Ursache für fruchtschädigende und erbgutverändernde Wirkungen.

Fachleute gehen davon aus, daß etwa zehn Prozent der über 90.000 Chemikalien näher untersucht werden müssen und davon wiederum etwa zehn Prozent sich als so gefährlich herausstellen, daß sie dringend ersetzt werden müssen. Die Schwierigkeit besteht zunächst im Auffinden der gefährlichen Chemikalien und in einem zweiten Schritt in deren schneller Substitution. Es gibt Methoden, wie aus den Altstoffen mit Hilfe verschiedener Kriterien für den Arbeitsschutz, den Umweltschutz und den Gesundheitsschutz durch mehrfaches Selektieren die gefährlichen Stoffe herausgefiltert werden können. Mit Hilfe dieser Kriterien, bei denen Vergleiche der Molekülstrukturen eine wichtige Rolle spielen, ist es möglich, ohne alle 90.000 Stoffe zu testen, die gefährlichen Altstoffe herauszufiltern. Nur wenn wir die gefährlichen Altstoffe erkannt und eliminiert haben, werden wir vom Schadstoff des Monats weggelassen. Anklagen reicht nicht. Es ist unsere Verantwortung, Lösungen zu finden, Wege aus der Gefahr zu suchen.

### 4.) Eine vorsorgende Umweltpolitik muß den Schutz des menschlichen Lebens beachten

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einen Blick auf die Gesundheitspolitik zu werfen: Der vorwiegend individuell vorsorgende und heilende Ansatz berücksichtigt nicht im ausreichenden Maße die Umweltgifte als Verursacher oder Mitverursacher von Krankheiten, obwohl Krebs, Atemwegserkrankungen, Allergien oder Defekte des Immunsystems, die ganz wesentlich auch auf Umwelteinflüsse zurückzuführen sind, wachsen. Die Umweltpolitik muß deshalb sehr viel stärker als heute auch den Schutz des menschlichen Lebens beachten. Dafür hat die Verminderung der schädigenden Einflüsse aus der Umwelt, insbesondere im Arbeits- und Wohnbereich, durch Schadstoffe in den Lebensmitteln höchste Priorität.

### 5.) Mehr Umweltschutz heißt nicht mehr Staat, sondern ökonomische Motivation fördern

Wir brauchen also mehr Politik, um mehr Umweltschutz zu erreichen. Aber mehr Politik ist nicht gleichbedeutend mit mehr Staat. Wir dürfen uns in der Umweltpolitik nicht ausschließlich mit Grenzwerten beschäftigen, weil das in eine Sackgasse führt. Das wichtigste Ziel der Umweltpolitik: Was ökologisch notwendig ist, müssen wir in ökonomische Motivation umsetzen. Die Umweltpolitik aller Parteien hat hier ein Defizit. (-/12.3.1986/rs/ks)

(Teil II veröffentlichen wir in unseren morgigen Ausgabe).



### Medien-Märchen zum „Fall Kriele“

Nicht der Meinungsstreit, sondern maßlose Beschimpfungen begründeten das Ordnungsverfahren

Von Professor Dr. Erich Küchenhoff

Eine einzigartige Kette falscher Angaben über die Gründe des Parteiordnungsverfahrens gegen den Kölner Professor Martin Kriele beherrscht seit Wochen die Medienberichterstattung und keineswegs nur in der Springer-Presse. Nach seinem überraschenden Parteaustritt erreichten sie einen neuen Höhepunkt.

Als Generallinie wurde deutlich: „SPD macht Nicaragua-Kritiker den Prozeß“ („Kölnische Rundschau“ und „Münstersche Zeitung“ vom 11. Februar).

Als Verfahrensgründe werden beispielsweise angeführt:

- „Soll aus der SPD geworfen werden, weil er sich wegen der Verhältnisse in Nicaragua mit der SPD zu sehr angelegt hatte“ („SZ“ vom 12. Februar).
- „weil zwischen Kriele und dem SPD-Vorstand um Willy Brandt allem Anschein nach schier unüberbrückbar Meinungsverschiedenheiten über die Wirklichkeit in jenem ‚Land Utopia‘ herrschen“ („FR“ vom 22. Februar),
- „weil er Nicaragua anders sieht als Brandt“ („Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ vom 25. Januar),
- „weil er ... Nicaragua zum Prüfstein für Gut und Böse in der SPD gemacht hat“ (NDR „Auf ein Wort“ vom 12. Februar),
- „wegen Buch über Nicaragua“ (erschien ein halbes Jahr nach Verfahrensbeginn!) („Westdeutsche Zeitung“ vom 5. März),
- „wegen seiner Feststellung, die Menschenrechte seien unter dem sozialistischen Regime in Nicaragua nicht gegeben“ („Abendzeitung“ vom 6. März).

Kriele selbst setzt nach seinem Austritt noch eins drauf. Über verschiedene Medien behauptet er - bezeichnenderweise in wesentlich voneinander abweichenden Formulierungen, der Vorsitzende der Schiedskommission habe ihm einen totalen innerparteilichen Maulkorb verordnet:

- „Der Vorsitzende hat mir gesagt, Kritik an Meinungsäußerungen in der Partei darf man wohl im Eigenheim üben, nicht aber öffentlich“ (Interview im Deutschlandfunk „Informationen am Mittag“ vom 5. März);
- „Der Vorsitzende ... hat zu erkennen gegeben, daß nach seiner Auffassung Parteibeschlüsse aller Art verbindlich sind für Parteimitglieder, er hat gesagt, die darf man kritisieren privat im Eigenheim, und man darf sich bemühen, in den Parteigremien um neue Mehrheiten, aber sie nicht öffentlich kritisieren. Das zeichnet die Entscheidung erster Instanz vor“ (Aktuelle Stunde des Westdeutschen Fernsehens vom 5. März);
- „Der Vorsitzende der Schiedskommission ... belehrte mich: Meinungsbeschlüsse der Partei seien für Mitglieder verbindlich. Wer in Sachfragen anderer Meinung sei, müsse sich in den Parteigliederungen um neue Mehrheiten bemühen. Kritik dürfe er wohl ‚privat im Eigenheim‘ üben, nicht aber öffentlich. Nicht nur Parteitagsbeschlüsse seien von einfachen Parteimitgliedern als verbindliche Sprachregelung zu respektieren, auch Stellungnahmen des SPD-Präsidiums sowie Presseerklärungen

gen, Bundestagsreden und Aufsätze führender SPD-Mitglieder." (Austrittsbrief an den Unterbezirk Leverkusen, dokumentiert von der „Kölnischen Rundschau“ am 6. März).

In Wahrheit hatte der Vorsitzende auf die unterschiedliche Bewertung der freien innerparteilichen Meinungsdurchsetzung in Sachfragen und der von der ständigen Schiedsrechtsprechung als Ausschlußgrund angesehenen gröblichen Beschimpfung von Parteimitgliedern und Parteientscheidungen hingewiesen.

Solche gröblichen Beschimpfungen, noch dazu in der Öffentlichkeit, aber waren der Hauptgrund sowohl für die förmliche Einleitung des Parteiordnungsverfahrens als auch für vorhergehende Forderungen nach einem solchen Verfahren, schließlich für die Erstreckung des Verfahrens auf weitere Punkte.

Schon in seinem Briefwechsel gegen den Präsidiums-Beschluß für eine kritische Solidarität mit Nicaragua vom 2. November 1984 (Kriele an Präsidium vom 6. November und Brandt an Kriele vom 3. Dezember 1984, Kriele an Brandt vom 17. Januar 1985), der, soweit ersichtlich, zuerst vollständig und unter genüßlicher Gegenüberstellung zahlreicher einzelner Passagen in einem „Exklusivbericht“ eines ausgesprochen SPD-feindlichen Dienstes „Das junge Wort“ eines Armin H. Neliba Nr. 261 vom 28. Februar 1985 veröffentlicht und ebenso genüßlich in Gerhard Löwenthals ZDF-Magazin vom 17. Mai 1985 zitiert wurde, wimmelt es nur so von - zum Teil in Schein-Frageform gekleideten - beleidigenden Herabsetzungen:

„Bedeutet die Haltung des Parteipräsidiums der SPD und ihres Vorsitzenden ... nicht eine Ermutigung und Ermunterung, auch in Nicaragua eine Tyrannei nach kubanischem Modell zu etablieren?“

„Gehört es zum Selbstverständnis der SPD, sich zum Lautsprecher (der) offenkundigen Rechtfertigungslüge zu machen“, mit der „Kuba und Nicaragua ... ihre Mißachtung der Menschenrechte rechtfertigen?“

„Wie muß es sich auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen auswirken, wenn wir uns ohne die moralische Legitimation ..., im Rahmen unserer Möglichkeiten auf eine demokratische Entwicklung hin zu wirken, ... unter ausdrücklicher Parteinahme für die Tyrannei als Moralrichter aufspielen?“

„Es gibt aber eine Grenzlinie zwischen Pragmatismus und sozialistischer Verbrüderung mit Tyrannen. Die Würde eines frei gewählten Staatsmannes oder Parteivorsitzenden verlangt im Stil des Umgangs mit Unterdrückern und Mördern eine gewisse Distanz und Reserve. Diese haben wir schon bei der Kahnfahrt in Oreanda vermißt - und seither leider öfters und in zunehmenden Maße. Die Küsse mit Castro können dazu führen, daß die Entspannungspolitik noch nachträglich ins Zwielflicht gerät. Das gilt umso mehr angesichts eines um sich greifenden Anti-Amerikanismus, der alles, was wir an ‚blindem und primitivem Anti-Kommunismus‘ beklagt haben, an simplen Zurechnungswahn in den Schatten stellt: Immer seien an allem Übel die Amerikaner Schuld.“

„Die letzten und entscheidende Frage: Steht die Partei noch zu den Grundwerten von ‚Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität‘? Gelten noch folgende Sätze aus unserem, nun allerdings schon vor einem Vierteljahrhundert erlassenen Parteiprogramm: ‚Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen. Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht.“ (Sämtlich aus dem Brief an das Präsidium).

Auf Willy Brandts Antwortbrief hieß es dann unter anderem - nun nicht mehr in Frageform:

„Was mich ... zusätzlich beunruhigt, und nach Ihrem Brief mehr als zuvor, ist das Ausmaß der anti-amerikanischen Aggressivität.“



„Sie sind auf die meisten meiner Fragen nicht eingegangen, aber vor allem auf die entscheidende nicht: Wie verlässlich ist unsere Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Demokratien?“

„Die Sprache, mit der Sie heute Zustände beschwichtigen, die den ersten sechs Jahren der Nazi-Zeit strukturell zumindest ähnlich sind, und zugleich den Anti-Amerikanismus anheizen, löst nicht nur bei mir, sondern auch bei vielen anderen alten Freunden Enttäuschung und Bedrückung aus.“

„Bisher konnte man ... stolz auf die Partei sein und hatte keinen Grund, sich ihrer zu schämen. Jetzt setzt sich immer mehr die Linie durch, die Sie in Orenda begonnen haben, als Sie zum Erstaunen nicht nur Ihrer Gegner, sondern auch und vor allem Ihrer Anhänger in freundschaftlich gelockelter Atmosphäre Kahn fuhren - mit dem Sieger von Prag aus dem Jahre 1968! War das nötig, um den Weg nach Helsinki zu finden? Ich hätte Sie gern gebeten, den inhaftierten Führer der Moskauer Helsinki Gruppe, Orlov, zum Friedensnobelpreis 1985 vorzuschlagen. Das würde nicht nur den Menschen helfen, sondern auch den Weg weisen, auf dem der Frieden wirklich sicherer wird. Aber ich wage gar nicht mehr, Ihnen diesen Vorschlag ernstlich anzusinnen. Denn wir Sozialdemokraten stehen ja nicht mehr auf der Seite der Verfolgten, sondern auf der Seite der neuen Herrenmenschen.“

Diese maßlosen Beschimpfungen erreichten ihren Höhepunkt, als wegen Krieles Unterschrift auf die öffentliche Aufforderung an den US-Kongreß, die militärisch-gewaltsame Intervention der USA mit Hilfe von Contras und CIA nicht mehr zu behindern, in Le Monde vom 21. März 1985, die erste Forderung nach einem Parteiausschlußverfahren laut wurde: In seinem Leserbrief in der „Frankfurter Rundschau“ vom 20. April 1985 begrüßte Kriele ein solches Verfahren, weil es unter anderem die Frage klären würde: „Wie stark ist in der SPD der Einfluß von Kollaborateuren des Sowjet-Imperialismus, von Mitläufern, Schönschwätzern, Opportunisten und Anti-Amerika-Hetzern? Hat die SPD noch die Kraft, sich von der Fracht, die sie aus traditionellen und staatsbürgerlichen Gründen mitschleppen muß, in ihren Entscheidungsstrukturen unabhängig zu machen und ihre alten demokratischen Prinzipien wieder deutlicher hervortreten zu lassen?“

Zwar hat Kriele diesen maßlosen Rundum-Schlag später dadurch zu entschärfen versucht, daß er vorgab, nur den Einfluß eines bestimmten Flügels gemeint zu haben, den er dann gleich als „linksfaschistisch“ titulierte (zuerst laut „Rheinischem Merkur“ vom 25. Januar 1986, unter Erstreckung auf „die Schiedsgenossen“ auch laut Hans Willenweber in „Kölnische Rundschau“ und „Münsterische Zeitung“ vom 11. Februar 1986). Doch stehen die Beschimpfungen als „Anti-Amerika-Hetzer“ in einer so engen Beziehung zu den wiederholten Beschimpfungen des Präsidiums und von Willy Brandt wegen „anti-amerikanischer Aggressivität“ und die Diffamierung als „Kollaborateure des Sowjet-Imperialismus“ in so engem inhaltlichem Zusammenhang mit den zahlreichen Herabsetzungen des Präsidiums und des Vorsitzenden in dem Briefwechsel von 1984/85, daß diese Entschärfungsversuche schon deshalb nur als Schutzbehauptungen angesehen werden können. Dazu kommt, daß der damalige Leserbrief im Ganzen gegen die ja gerade nicht von irgendwelchen Flügeln, sondern von der Parteiführung bestimmte und von der ganzen Partei getragene Nicaragua-Politik der SPD gerichtet war, nur diese also als Produkt jenes Einflusses und nur ihre Träger als diesen Einfluß bewirkende „Kollaborateure des Sowjet-Imperialismus“ und „Anti-Amerika-Hetzer“ erscheinen konnten.

Mit Recht bildeten solche und weitere maßlose öffentliche Beschimpfungen einen wesentlichen Verfahrensgrund: Als Verletzung der Solidarität, eines der drei Grundwerte des Godesberger Programms.



Dessen weiteres Prinzip der Achtung des Völkerrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Absage an jegliche militärische Gewalt als Mittel internationaler und ideologischer Auseinandersetzungen bildeten den zweiten Hauptgrund - von Kriele verletzt durch die schon erwähnte Aufforderung zur militärisch-gewaltsamen Intervention in einen fremden Staat mit dem Ziele des Sturzes seiner (nach dem Zeugnis zahlreicher neutraler Beobachter, auch aus der Bundesrepublik Deutschland) vom Volke frei gewählten Regierung.

Zwar hat Kriele immer wieder versucht, insbesondere diesen konkreten Verfahrensgrund mit einem Meinungsstreit über die Zustände in Nicaragua in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu vermengen und einen solchen Meinungsstreit als eigentlichen Verfahrensgrund hinzustellen. Doch selbst wenn alle von Kriele und anderen gegen das sandinistische Regime erhobenen Beschuldigungen wegen Menschenrechtsverletzungen - von rechtswidrigen Verhaftungen über Vertreibungs-Brutalitäten während der Sicherung der durch die militärische Intervention von außen bedrohten Grenzgebiete bis zu Mord und Terror - alle wahr wären und die Contras gemäß Krieles wiederholten Behauptungen weder mordeten noch folterten noch die Zivilbevölkerung terrorisierten, obwohl eben dies amnesty international und andere neutrale internationale Menschenrechtsorganisationen weit überwiegend oder ganz allein bei den Contras feststellten, wäre dies noch kein völkerrechtlich und vom Selbstbestimmungsrecht her gerechtfertigter Grund zu derartig massiven militärischen Interventionen, zur Wirtschaftblockade und zur Häfenverminung, wie sie die von Kriele dazu aufgeforderte Reagan-Administration praktiziert und gerade in diesen Tagen erneut massiv propagiert.

Eine Bitte zum Schluß: Es mögen doch alle, die bisher Krieles Schutzbehauptungen und Tatsachenvendrehungen für die Wahrheit gehalten haben, diese und ihre eigene Mitwirkung an deren Verbreitung anhand der wirklichen Verfahrensgründe überprüfen und sich in Zukunft voreiliger Schlagzeilenbildung enthalten.

Dann kann es auch nicht mehr vorkommen, daß aus falschen Tatsachenbehauptungen über die Verfahrensgründe entsprechend falsche Forderungen über den inneren Zustand der SPD gezogen werden: keine Meinungsfreiheit, sondern Kritikverbote für unbequeme Außenseiter, ja verallgemeinernd sogar: ein unklares Verhältnis zu den Menschenrechten (ZDF, Bonner Perspektiven vom 2. Februar).

(-/12.3.1986/rs/ks)

\* \* \*

